

Protokollauszug

aus der
15. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 06.04.2005

öffentlich

**Top 6.10 Gleichstellung der Ortsteile
05/SVV/0042
geändert beschlossen**

Der **Hauptausschuss** hat der Vorlage **zugestimmt**; die von der Fraktion CDU beantragten Änderungen hat der Hauptausschuss **abgelehnt**.

Der Stadtverordnete Friederich äußert sich noch einmal zum **Änderungsantrag der Fraktion CDU**, der folgenden *Wortlaut* hat::

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, stadtintern und im Benehmen mit der Landesregierung einen Weg zu finden, die Bürger der drei neuen Potsdamer Ortsteile Fahrland, Uetz-Paaren und Marquardt bei Steuern, Abgaben und Gebühren gleich den Bürgern der neuen Ortsteile Golm und Satzkorn zu behandeln.

Letztere waren auch per Gesetz eingemeindet worden, hatten sich aber fristgerecht mit Verträgen niedrigere Steuersätze, Abgaben und Gebühren für eine fünfjährige Übergangszeit zusichern lassen.

Der Beigeordnete für Zentrale Steuerung und Service Herr Exner erneuert den bereits in der 14. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gegebenen Hinweis, dass für einen solchen Beschluss Rechtsänderungen auf Landesebene erforderlichen seien und zitiert aus dem Schriftwechsel mit dem Innenministerium, das die Frage hinsichtlich der Genehmigung von verspätet abgeschlossenen Verträgen mit der Versagung der Genehmigung beantwortet habe.

Zum Beratungsgegenstand äußern sich anschließend 6 Stadtverordnete, 2 Ortsbürgermeister und der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, stadtintern und im Benehmen mit der Landesregierung einen Weg zu finden, die Bürger der drei neuen Potsdamer Ortsteile Fahrland, Uetz-Paaren und Marquardt bei Steuern, Abgaben und Gebühren gleich den Bürgern der neuen Ortsteile Golm und Satzkorn zu behandeln.

Letztere waren auch per Gesetz eingemeindet worden, hatten sich aber fristgerecht mit Verträgen niedrigere Steuersätze, Abgaben und Gebühren für eine fünfjährige Übergangszeit zusichern lassen.

Abstimmungsergebnis:

mit 30 Ja-Stimmen **angenommen**,
bei einigen Gegenstimmen.